

Der Pater und die Geldhändler

Der 49-jährige Jesuit und Hochschulpfarrer Jörg Alt hat die Idee der Finanztransaktionssteuer populär gemacht

»Manchmal mache ich Sachen nur aus dem Bauch heraus«, sagt Jörg Alt. Dieser Bauch scheint ihm ein guter Ratgeber zu sein, denn sein Kopf hätte anfangs wohl nur gesagt, dass es aussichtslos sei. Der 49-jährige Jesuit Jörg Alt, Hochschulpfarrer in Nürnberg, setzt sich seit 2009 für eine Finanztransaktionssteuer ein und hat dazu die Initiative »Steuer gegen Armut« gegründet. Anfangs, so berichtet der Pater, hätten die Befürworter dieser Steuer »nur müdes Lächeln« geerntet: »Zu sehr widersprach sie der Ideologie von der Grenzenlosigkeit des Kapitals in einer globalisierten Welt.« Doch aus der kleinen, müde belächelten Initiative ist inzwischen eine durchschlagende Idee geworden, die in ganz Deutschland und auf europäischer Ebene diskutiert wird. Das Ergebnis des deutsch-französischen Gipfels gibt dem Pater nun recht:

weil die Preise für Lebensmittel durch Spekulationen so hoch getrieben wurden, dass die Menschen in Belize nichts mehr kaufen konnten.

Zurück in Deutschland, formulierte der Jesuit eine Petition an den Bundestag, gewann bald über sechzig Organisationen für seine Kampagne und sammelte in wenigen Wochen die erforderlichen 50 000 Unterschriften. Die Bürger hätten ohnehin »die Schnauze voll von Banken und Boni«, meint er. Seinen Vorschlag, jede Art von Finanztransaktion mit mindestens 0,05 Prozent Steuer zu belegen, macht er aus christlichen Motiven. Schon Jesus habe sich gegen die Geldhändler gestellt, sagt er. Anders als Merkel und Sarkozy will der Ordensmann die Einnahmen aus der neuen Steuer nicht in den Staatshaushalt, sondern in soziale und entwicklungspolitische Projekte einfließen lassen. Das Thema Gerechtigkeit hat ihn schon als jungen Mann in den Orden geführt. Damals las Jörg Alt ein offizielles Dekret der Jesuiten, wonach der Glaube untrennbar mit dem Einsatz für eine gerechte Welt verbunden sei. »Ich dachte spontan: Das macht Sinn – da will ich mitmachen!« In den 1990er-Jahren koordinierte er den *Bundesdeutschen Initiativkreis für das Verbot von Landminen* und organisierte ein Forschungsprojekt zur Lebenssituation illegaler Migranten in Leipzig. Tief geprägt hat ihn aber

auch seine Zeit in Belize. Die zweieinhalb Jahre bei den Maya-Indianern, schreibt er in seinem »Glaubens- und Wertebekennnis«, haben ihm die Augen geöffnet, »nicht nur für die Realität des Göttlichen in dieser Welt, sondern auch für den Ernst, der sich aus dieser Präsenz und Wirklichkeitsdimension für unsere Alltagsgestaltung ergibt«. Er wolle nie vergessen, sagt der Pater, was er von den Mayas gelernt habe. Vielleicht gehört dazu ja auch der Mut, auf den Bauch zu hören, selbst wenn eine Idee zunächst aussichtslos erscheint (siehe auch Seite 21).

■ Eva Baumann-Lerch

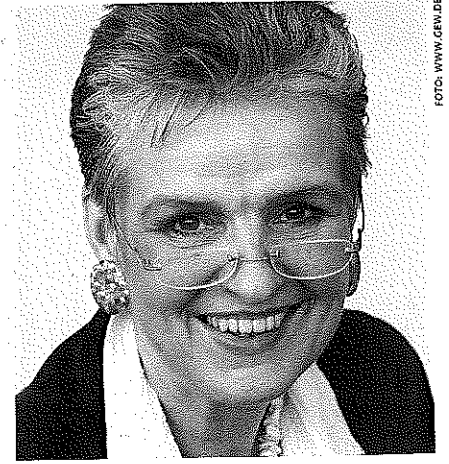


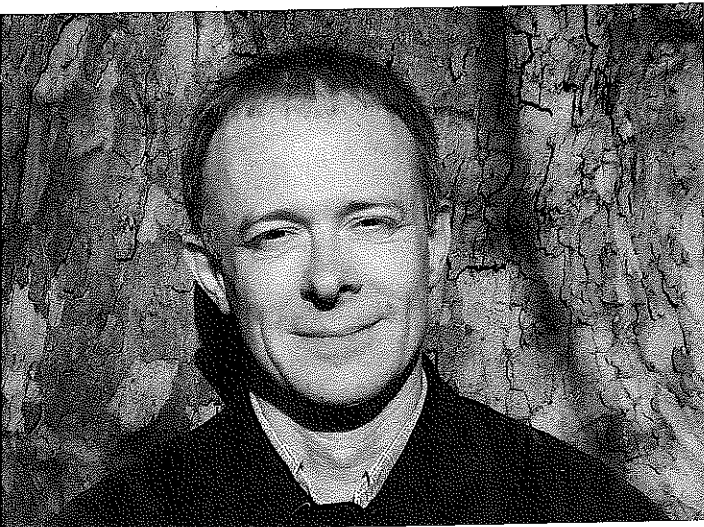
FOTO: WWW.GEW.DE

Will keine Schulbücher vom Apple-Konzern: Marianne Demmer

Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), hat vor dem Einstieg des Computerkonzerns Apple in das Schulbuchgeschäft gewarnt. Öffentliche Schulen, die sich für die Apple-Hard- und Software entschieden, würden sich damit an einen einzigen Wettbewerber und dessen inhaltliche Angebote binden. Damit werde »jegliche demokratische Kontrolle der angebotenen Materialien ausgehebelt«, erklärte Demmer. Die Gewerkschafterin fordert die Einrichtung neutraler öffentlicher Stellen zur Begutachtung der Unterrichtsmaterialien.

Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Angehörigen der Opfer der rechtsextremen Mordserie, plädiert für Gedenktafeln für die Ermordeten, »um ein öffentliches Gedächtnis zu schaffen«. Die Bundesländer sollten diese Gedenktafeln an zentralen Orten finanzieren. John regte auch eine Reform der Polizeiausbildung an: »Die Haltung der Polizei muss sich grundlegend ändern, um bei fremdenfeindlichen Verbrechen aufmerksamer und kompetenter zu sein.«

Konrad Zdarsa, Bischof von Augsburg, hat dem Stadtpfarrer von Ichenhausen, Georg Alois Oblinger, verboten, weiterhin in der rechtskonservativen Wochenzeitung *Junge Freiheit* Kolumnen zu schreiben. Oblinger ist seit 2002 regelmäßig für das Blatt tätig. »Wir schätzen das publizistische Engagement des Pfarrers in der *Deutschen Tagespost*, nicht aber in der *Jungen Freiheit*«, erklärte Bischofssprecher Markus Kremer (siehe auch Seite 36).



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy haben für die Eurozone eine gemeinsame Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen.

Er habe noch nie verstanden, sagt der schmale Priester, der fast immer Jeans und Hemd trägt, »warum auf jedes Gummibärchen und jede Windel Steuern zu zahlen sind, nicht aber bei Finanztransaktionen«. Von 2005 bis 2008 arbeitete er als Kaplan in Belize und bekam die Auswirkungen des deregulierten Finanzsystems hautnah zu spüren: In dem kleinen mittelamerikanischen Land gab es nichts mehr zu essen,